

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erste Ausgabe
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal zzgl. Postgebühren. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 69, Urbanstr. 63 I.

Inserate
pro vierzeiliger Zeile 60 Pf.;
für Werbungsmitglieder 40 Pf.;
Stellenangebote 40 Pf.; Veräuße-
rungsanzeigen 20 Pf.; Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 36.

Berlin, den 5. September 1915.

31. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Ein Rundschreiben des Verbandsvorstandes vom 25. August, in dem es sich um Agitation, Verbandsgelder und Volksfürsorge handelt, ist an alle Gau- und Ortsverwaltungen versandt worden. Sollte dasselbe irgendwo nicht eingetroffen sein, ersuchen wir um Nachricht.

2. Aufforderung an die Arbeitervertreter der Papierverarbeitungs-Vereinsgenossenschaft.

In der erweiterten Vorstandssitzung der Papierverarbeitungs-Vereinsgenossenschaft, die am 11. September d. J. in Berlin stattfindet, sind unseres Wissens zum ersten Male Arbeitervertreter eingeladen worden, darunter auch Mitglieder unseres Verbandes.

Wir bitten alle Arbeitervertreter, uns umgehend von ihrer Einladung Mitteilung zu machen, ihre Adressen anzugeben und sich so mit ihrer Ankunft in Berlin einzurichten, daß eine Vorbesprechung der Arbeitervertreter stattfinden kann.

3. Eine Erhöhung des Lokalbeitrages für die 1. und 5. Beitragsklasse von 10 auf 20 Pf. pro Woche ist von der Zahlstelle Mannheim-Ludwigshafen beschlossen und von uns genehmigt worden.

Weiter ist eine Erhöhung der Lokalbeiträge in der Zahlstelle Burgstadt i. S. erfolgt, nach der die weiblichen Mitglieder statt 10 Pf. pro Monat künftig 5 Pf. pro Woche als Lokalbeitrag zu zahlen haben. Auch in diesem Falle ist die Beitragserhöhung von uns genehmigt.

4. Ausgeschlossen auf Grund des § 16b des Statuts wurde in Berlin der Buchbinder Robert Foy aus Bischofsheim (V.-Nr. 56207).

Der Verbandsvorstand.

Wie wird die Lage unseres Gewerbes nach dem Kriege sein?

III.

Überhaupt wird sich die weibliche Konkurrenz nicht nur bei uns, sondern in zahlreichen Gewerben geltend machen, weil durch die Einziehung der männlichen Arbeitskräfte zum Kriegsdienst die Frauenarbeit in zahlreiche Arbeitsgebiete eingebunden ist, in denen sie bisher nicht heimisch war, und sich auch dort noch wesentlich ausgebreitet hat, wo sie sich schon breiten Boden erobert hatte. Das trifft auf unser Gewerbe zu und birgt die Gefahr in sich, daß sehr ernst zu nehmende Verjüngung auf unsere tariflichen Löhne und auf die bisher erlangenen besseren Arbeitsbedingungen überhaupt unternommen werden. Wir wollen nur darauf verweisen, daß selbst in Berlin in den Buchbindereien Frauen mit Männern arbeiten beschäftigt werden. Es soll zugegeben werden, daß dies zum Teil durch die Knappheit der männlichen Arbeiter hervorgerufen wurde, weshalb auch unsere Vertreter dazu ihre Zustimmung erteilten. Leider benutzten einzelne Arbeitgeber diese Umstände, um den betreffenden Arbeiterinnen ganz niedrige Löhne zu zahlen, die auch nicht annähernd

den Gehilfenlöhnen entsprechen, weshalb von unserem Verbandsvorstande eine gemeinsame Sitzung beim Verbands- deutscher Buchbindereibitzer beantragt wurde, um die Angelegenheit zu regeln. Von zahlreichen Beispielen aus anderen Berufen wollen wir nur eins hervorheben, und zwar aus dem verwandten Beruf der Buchdrucker. Hier hat sich das Tarifamt zu einer feierlichen Erklärung: „An die Mitglieder der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker“ veranlaßt gesehen, in der gegen die Verjüngung mander Arbeitgeber, als Ersatzkräfte weibliche oder männliche Nichtbuchdrucker heranzuziehen, Stellung genommen wird und als tarifwidrig bezeichnet werden.

Wir sind nicht so engherzig, daß wir nicht den durch den Krieg hervorgerufenen Umständen Rechnung tragen. Wäre der Grundsatz: Für gleiche Arbeit gleichen Lohn, allgemein von den Arbeitgebern anerkannt, so würden wir gegen die Beschäftigung der Arbeiterinnen mit Gehilfenarbeiten gar nichts einzuwenden haben. Allein so fest es eben nicht, sondern das Verlangen nach weiblichen Arbeitskräften hat fast immer den Beigeschmack nach billigeren Arbeitskräften. Und dieser durch den Krieg geförderte Appetit nach billigerer weiblicher Arbeitskraft könnte leicht zu einem Dauerzustand werden, wenn wir nicht scharf Obacht geben. Wie wenig das eine leere Besorgnis ist, geht schlagend aus einem Artikel des liberalen „Berliner Tageblattes“ hervor, betitelt: „Industrielle Zukunftsgedanken“, und verfaßt von Dr. Ing. Herbert v. Klemperer, Direktor der Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft vorm. L. Schwarzlopp, einer der größten industriellen Werke Deutschlands. Nachdem v. Klemperer die industrielle Zukunft Deutschlands ziemlich hoffnungsvoll beurteilt hat, sagt er wörtlich:

„Arbeit wird also vorliegen, aber auch an Arbeitskräften wird es nach dem Kriege nicht fehlen. Zwar werden viele nicht wiedertreten, die hinausgezogen sind. Aber der Krieg hat neue Arbeitskräfte geschaffen. Nicht nur der ungelernete Arbeiter ist an vielen Stellen an schwierige Arbeit gestellt worden — auch die Frau hat ihren Wirkungsbereich beträchtlich erweitert, und beide werden nach dem Kriege so leicht nicht von ihrem neu erworbenen Plaze zu verdrängen sein. Insbesondere wird wohl die Frau ihre Rechnung überreichen. Aber es wird kaum sein für alle, denn es ist ja nicht zu verhehlen, daß die Blüte einer Generation fehlen wird. Der Wettstreit der neu in Erscheinung getretenen Arbeitskräfte wird auf die Lohnfrage günstig einwirken, er wird die Löhne nach dem Kriege auf ein dann erträgliches Maß zurückführen — wenn wir uns auch sagen müssen, daß die frühere Gehalts- und Lohnbasis auf absehbare Zeit wohl ebenso wenig wird wieder erreicht werden können wie die früheren niedrigen Kosten des Lebensunterhaltes.“

So wie der Verfasser denken sicher auch manche andere unserer Industriekapitäne. Finden solche Pläne nicht den stärksten Widerstand der Arbeiterinnen, so ist ihre Verwirklichung nicht von der Hand zu weisen. Wir sagen mit Vorbedacht: auch den Widerstand der Arbeiterinnen, denn sie wären von großer Kurzsichtigkeit erfüllt, wollten sie in der Verdrängung der männlichen Arbeitskräfte durch billigere Frauarbeit besonders Heil für sich erblicken. Das haben unsere Kollegen in den sogenannten drei Tarifständen

Berlin, Leipzig und Stuttgart schon längst eingesehen, indem sie Schulter an Schulter mit den Kollegen für die Aufrechterhaltung der männlichen Arbeitslöhne und Akkordsätze kämpfen und deswegen für die tarifliche Abgrenzung der Männer- und Frauenarbeit eintreten, weil nur eine solche Abgrenzung die Gewähr dafür bietet, was hätten auch die Arbeiterinnen davon, wenn ihre Männer, Väter und Brüder arbeitslos und dadurch dem Arbeiterhaushalt immer mehr die wirtschaftlichen Grundlagen entzogen würden? Sie würden mehr als bisher durch Erwerb zum Unterhalt der Familie beizutragen haben und die Lust zur Eheschließung würde immer mehr herabgemindert werden. Bei den Arbeiterinnen liegt es also selbst, ob sie durch kluge Erwägung aller einschlägigen Verhältnisse im Bunde mit ihren männlichen Kollegen alle Angriffe auf tarifliche Vereinbarungen abschlagen oder sich zu Lohnrückdrücken hergeben wollen, womit sie dann selbst ihre Lage als Gattin und Mutter oder als zukünftige Gattin und Mutter sowie die Zukunft ihrer Kinder untergraben.

Wie das verschleierte Bild zu Sais kührt sich vor uns die wichtige Frage auf, in welcher Weise die vielen, nach dem Kriege ablaufenden Tarifverträge nach aufgehobenem Burgfrieden erneuert werden können. Das können hängt von der Zahl unserer Mitglieder und unseren finanziellen Mitteln ab. Ist der Stand beider befriedigend, dann brauchen wir um die Zukunft auch in dieser Beziehung nicht bange zu sein. Leider sind viele fahnenflüchtig geworden, die wir so bald als möglich zu ihrer Pflicht zurückführen müssen, die sie sich selbst und der Gesamtheit gegenüber zu erfüllen haben.

Zuletzt erhebt sich die Frage, ob nach dem Kriege die Gewerkschaften die nötige Bewegungsfreiheit haben werden, um ihre edlen Bestrebungen durchzuführen oder ob ihnen wieder durch Behörden und Gerichte manche Fuzangeln gelegt werden, wie es vor dem Kriege leider so häufig geschah. Wir haben diese Frage bisher noch niemals angeschnitten in unserer Zeitung und haben niemals der Ansicht gehuldigt und gar Ausdruck gegeben, daß nach dem Kriege der Pfad der Gewerkschaften mit Rosen bestreut sein würde. Wie sich die ganze Gewerkschaftspresse von solchen Illusionen freigehalten hat. Wer etwas anderes behauptet, der kennt entweder unsere Gewerkschaftspresse nicht oder dessen Bild ist getrübt, wenn er nicht gar zu jenen unwissenden und unpraktischen Prinzipienwächtern gehört, die durch ihre verbotenen Schwarzschereien den Arbeitern jeden Hoffnungsschimmer auf eine bessere Zukunft, die sie sich eringen können, verleißen und vielleicht auch verleißen wollen, weil nach ihrer Meinung vor dem „großen Knabberabatsch“ der bürgerlichen Gesellschaft jede derartige Hoffnung eine blanke Illusion sei. Einen solchen griesgrämigen Pessimismus halten wir für durchaus schädlich und unfruchtbar, weil er jede organisierte Arbeit in ihren Wurzeln lähmen muß, da zu wirklich positiver Arbeit einmal ein Stück Optimismus gehört. Woher soll denn die Begeisterung zu fruchtigem Schaffen kommen, wenn aller Arbeit Mühe doch für die Kat ist? Unsere Hoffnung, daß man den Gewerkschaften zukünftig nicht mehr die Gleichberechtigung so weit versagen können, wie es vor dem Kriege der Fall war, stützt sich auf das Interesse des Staates an einer kräftigen, intelligenten Arbeiterschaft, die das Bewußtsein hat, daß ihr Vaterland ihnen nicht bloß ein Stiefvater-

land ist. Das durch den Krieg geweckte Bewußtsein dieses Interesses bei den herrschenden Klassen hat jüngst ihren Niederschlag in einer von einer Kommission des Reichstages angenommenen Abänderung des Reichsvereinsgesetzes gefunden, die da lautet:

„Nicht als politische Vereine gelten Vereine von Berufsgenossen oder Angehörigen verschiedener Berufe und Standesvereine, auch wenn sie zur Befolgung ihrer Zwecke politische Gegenstände in Versammlungen erörtern.“

Erlangt dieser Antrag Gesetzeskraft, woran wohl kaum zu zweifeln ist, dann fallen damit viele Schereisen, unter denen die Gewerkschaften in der Vergangenheit zu leiden hatten. Die Gewerkschaften bitten nicht um eine Belohnung für ihre verständige und vaterländische Haltung während des Krieges, die zweifellos ihren eigenen wohlverstandenen Interessen entsprach und daher keine Belohnung beansprucht, sondern sie verlangen mit vollem Rechte Gleichberechtigung. Daß sie diese erlangen, hängt nicht zum letzten von ihrer Stärke und dem verständigen Verhalten ihrer Mitglieder ab, die nicht Phrasen und Leuten nachlaufen dürfen, welche von dem ureigensten Wesen der Gewerkschaften und den wirklichen Interessen der Arbeiterklasse wenig oder gar kein Verständnis besitzen und letztere auf Pöbeln zu drängen trachten, die in die Düstelfelder unfruchtbarer grauer Theorien führen.

Der Aufgaben sind uns also nach dem Kriege gar viele und große gestellt. Bereiten wir uns rechtzeitig vor, sie in weitsichtiger und großzügiger Weise zu lösen! Dann wird auch die Lage unseres Gewerbes nach dem Kriege sich nach unseren Wünschen gestalten lassen, soweit das unter der kapitalistischen Produktionsweise und bei reger Mitarbeit möglichst aller Berufsangehörigen möglich ist.

Der Jahresbericht der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft.

Der Jahresbericht der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft hat für uns stets ein großes Interesse, weil aus ihm zu ersehen ist, wieviel Opfer in jedem Jahre den Gefahren des Berufs erliegen. Aber auch noch in mancherlei sonstiger Hinsicht sind die Jahresberichte interessant, besonders der vorliegende über das Jahr 1914.

Wenn in früheren Jahren die Unternehmerorgane mit Vorliebe die schweren Zeiten der deutschen Arbeiterversicherung hervorzuheben pflegten, die die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt immer mehr erschweren, so hört man jetzt erfreulicherweise oft andere Töne anschlagen. So auch in diesem Jahresbericht. Denn gleich im einleitenden Kapitel ist das Lob angebracht, daß der Präsident des Reichsversicherungsamts, Dr. Kaufmann, der deutschen Arbeiterversicherung ausgestellt hat, „die sich als Segen für Deutschlands Volk und Bekehrung bewährt habe. Das Märchen von der Körperliche und sittlich degenerierenden Wirkung der Arbeiterversicherung sei für alle Zeit gerichtet worden.“ Und der Vorsitzende der Berufsgenossenschaft, Herr Karl Rudolf Bergmann, beruft sich auf das Urteil des französischen Professors Juxter in Paris, der da geschrieben: „Das Geld, das in Deutschland für die Durchführung der Versicherungs-gesetze ausgegeben wird, erscheint in tausend Gestalten wieder. Es wird zu Familienglück, Gesundheit und Menschenwürde und schafft ein starkes, lebenskräftiges Deutschland, das ewig dauern wird.“

Wegen unseres beschränkten Raumes vermögen wir nur das Allerwichtigste aus dem Jahresbericht zu bringen.

Der Umfang der Genossenschaft hat wiederum eine Zunahme erfahren, sie umfaßte im Jahre 1911 im ganzen 4569 Betriebe, d. h. 44 mehr als im Vorjahre. Die Zahl der versicherten Personen ging dagegen, infolge der vielen Einberufungen zum Heere, von 150 775 auf 121 850, also um 29 020 zurück. Auf den Versicherten entfiel durchschnittlich als Jahreslohn 962,03 Mk. gegen 970,47 Mk. im Vorjahre. Der höchste Durchschnittslohn mit 1145 Mark entfiel auf die Sektion I (Berlin), der geringste mit 729 Mk. auf die Sektion II (Breslau).

Die Zahl der Unfälle betrug 1914 bei 121 850 Versicherten 4170, gegenüber 626 bei 51 630 Versicherten im Jahre 1888, dem ersten Geschäftsjahr der Genossenschaft. Oder in Verhältniszahlen ausgedrückt: auf je 1000 Versicherte entfielen 1888

12,12 Unfälle, 1914 27,64. Die Zahl der Unfälle hat sich also verhältnismäßig weit mehr als verdoppelt. Von den 4170 gemeldeten Unfällen waren jedoch nur 495 entschädigungspflichtig durch die Genossenschaft. Die Kosten für die übrigen Fälle werden zum allergrößten Teile durch die Krankenkassen bestritten worden sein, die bekanntlich in den ersten 13 Wochen der durch Unfälle hervorgerufenen Krankheits-Krankenunterstützung zu zahlen haben, was immer von den Arbeitgebervertretern als eine ganz ungerechtfertigte Belastung der Krankenkassen bezeugt worden ist und auch ungünstig auf die Unfallverhütungsvorschriften und die Aufsicht über die angeschlossenen Betriebe einwirkt. Denn würde die Berufsgenossenschaft alle Fälle zu entschädigen haben, dann würde sie hierauf eine viel größere Sorgfalt als bisher verwenden. Wie sehr es hieran noch fehlt, geht aus der Tatsache hervor, daß von den 4569 Betrieben nur 467, also etwa der zehnte Teil von den vier technischen Aufsichtsbeamten besichtigt worden sind. Diese Zahl der Aufsichtsbeamten ist viel zu gering, auch dann noch, wenn, wie beschlossen, im Jahre 1915 ein fünfter Aufsichtsbeamter angestellt sein sollte. Bei vier Aufsichtsbeamten kommen auf jeden derselben durchschnittlich 1142 Betriebe. Will er diese nur einmal im Jahre — was schon zu wenig ist — besichtigen, so müßte er bei 300 Arbeitstagen täglich beinahe vier Betriebe besichtigen. In Wirklichkeit sind von allen vier Beamten nur 467 Betriebe besichtigt und 302 Betriebe wieder besichtigt, d. h. mehrmals besichtigt worden. Trotzdem sind in diesen Betrieben im Berichtsjahre viele Tausende von Mängeln gefunden worden, die sich u. a. auf gefährdende Aus- oder Eingänge, Zustände der Treppen, von Arbeitstischen, Stühlen und Bänken, Fehlen sanitärer Einrichtungen, mit besonderer Gefahr verknüpfte Arbeitsweisen bezogen; außerdem wurden 241mal die Entfernung vorhandener gewesener Schutzvorrichtungen, 1161 ungewöhnliche oder nur notdürftig ausgeführte Schutzvorrichtungen und 239mal fehlendes Aushängen der Unfallverhütungsvorschriften festgestellt. Das sind also alles Mängel, die in den Betriebs-einrichtungen selbst ihren Grund haben. Der Bericht sagt u. a.: „Bezüglich der Schneidemaschinen ist bei der Berücksichtigung der geringen Anzahl der Besichtigungen die Zahl der Mängel — 2043 gegen 2563 — als sehr groß zu bezeichnen.“ Besonders groß ist die Zahl der Unfälle an Fahrradmaschinen aller Art, da die seitliche Verbedung der Zahnräder oft fehlt.

Von Unfällen an Buchbindermaschinen heben wir aus dem Bericht folgende hervor: an Schneidemaschinen 426, an Kreismesserschere und Rib-maschinen 67, an Heftmaschinen 260, an Lederhäuf-maschinen 3, an Falzmaschinen 21, an Rundmach-maschinen 21; an Kartonnagenmaschinen 79 Unfälle.

Von den 483 entschädigungspflichtigen Unfällen sollen 7 durch Schuld von Mitarbeitern, 9 durch Nichtbenutzung gebotener Schuttmittel seitens der Arbeiter, 89 durch Bandeln wider erhaltene Anweisung, 10 durch offensibaren Leichtsinns und 78 durch Ungeschicklichkeit und Unachtsamkeit der Arbeiter entstanden sein. Diese Schuldabwälzung auf die Arbeiter müssen wir mit recht zweifelnden Blicken betrachten. Denn in den meisten Fällen wird eben körperliche Anspannung, die Hast der Akkordarbeit bei geringen Lohnsätzen und ungenügender Schutz gegen Unfallgefahr die wahre Schuldursache sein. Die oben erwähnten tausendfachen Mängel in den wenigen besichtigten Betrieben lassen diese Annahme wahrscheinlicher erscheinen, als die „Feststellung“ des Jahresberichts, wonach nur 116 = 24 Proz. Unfälle durch bessere Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften seitens der Betriebsunternehmer sich hätten vermeiden lassen, während 79 = 16,4 Proz. „der Ungeschicklichkeit und der Unachtsamkeit der Versicherten zur Last fallen“, 193 = 40 Proz. aber als „schwer vermeidbar“ bezeichnet werden müßten. Diesem „schwer vermeidbar“ müssen wir mit aller Entschiedenheit widersprechen. Denn mit solchen Trostgründen treibt man nicht zur Verbesserung der Schutzvorrichtungen, sondern vielmehr den Jahr für Jahr immer höher anschwellenden Unfallziffern entgegen, wie sie der Bericht selbst unabweisend zu geben muß.

Erschredend hoch ist auch der Anteil der Jugendlichen an den Unfällen; von 3344 gemeldeten Unfällen wurden 483 = 14,4 Proz. jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren betroffen und 753 = 22,5 Proz.

Arbeiter unter 17 Jahren; davon 326 = 18,3 Proz. bzw. 406 = 27,8 Proz. Unfälle durch Maschinen. Dies Hinopfern der Jugendlichen an gefährlichen Maschinen ist eins der furchtbarsten Kapitel der kapitalistischen Produktionsweise und eine michtige Anlage gegen den ungenügenden Arbeiterschutz.

Es kann den Arbeitern auch nicht bloß damit gebietet sein, wenn der Bericht meint: „Um eine Steigerung der entschädigten Unfälle und somit der zu zahlenden Entschädigungsbeträge noch besser zu verhindern, ist es daher unerlässlich, zunächst die Zahl der unbeschäftigten Betriebe, wenn nicht ganz zum Verschwinden, so doch wenigstens auf das Mindestmaß zu bringen und die Betriebe in bestimmten, nicht zu langen Zeiträumen ständig wieder zu besichtigen“. Denn es muß nicht nur die Steigerung der entschädigten Unfälle zu verhindern versucht werden, sondern ein Zurückdämmen der Unfälle auf das menschenmöglichste Maß überhaupt.

Zum ersten Male nehmen in diesem Jahre an einer Generalversammlung der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft auch Arbeitgebervertreter teil; möge es ihnen vergönnt sein, im letztangeführten Sinne zum Segen der gefährdeten Arbeiterschaft und sicherlich nicht zum Schaden der Genossenschaft wirken zu können.

„Wege vor“ — muß der leitende Grundgedanke aller Unfallversicherung sein. Was in dieser Beziehung mehr verausgabt wird, macht sich reichlich durch Menschengeundheit, Erhaltung von Arbeitskraft und Verminderung der Entschädigungsausgaben für Unfälle bezahlt.

Aus unserem Beruf.

Warnung an unsere Kollegen. Im „Allgemeinen Anzeiger für Buchbinderer“ erscheint zum dritten Male nachstehende Annonce:

„Welche intelligente Buchbinder würden sich (mit oder ohne Kapital) an Buchbinderunternehmen beteiligen? Solche, die reisen können, bevorzugt.“

E. Wollbrecht, Buchbinder,
Peitz, Kreis Cottbus.“

Auf welche Art derartige Geschäfte gegründet werden, geht aus nachstehendem hervor. Wollbrecht war in einer Geschäftsbüchergabrik in C. . . beschäftigt, und zwar als Kappenschneider. Er wurde eines Tages abgefaßt, als er sich diverse Materialien zum Buchbinden angeeignet hatte. Wie er selbst bei seinem Verhör zugab, hat er dies in großem Umfange betrieben. Die Firma nahm von einer Anzeige Abstand. Als Ausrede gebrauchte dieser laubere Kollege: „Es wäre hier allgemein so im Betriebe, ein jeder nimmt dort Material mit und die Mitnahme der Materialien ist sehr groß.“ Sucht er nun einen Kollegen, welcher zu Hause die gestohlenen Materialien zu verarbeiten hat, um so anderen billige Konkurrenz zu machen?

Welch Geistes Kind Wollbrecht ist, geht noch daraus hervor, daß er nach seiner Entlassung an die Firma schrieb: „Möchte andererseits Herrn . . . noch erziehen, zu veranlassen, in seinem eigenen Interesse in Zukunft ein größeres Augenmerk darauf zu legen auf die ungeheure Zeit- und Materialverschwendung, die ich in allen Teilen dort feststellen konnte“. Die Firma gab ihm darauf folgende treffende und anzuerkennende Antwort: „Auf Ihren Brief möchte ich Ihnen doch bemerken, daß ich Sie durchaus nicht bei mir in meinem Betriebe als Aufpasser hingesetzt habe, denn Ihre Angaben entsprechen nicht der Wahrheit, und verstehe ich nicht, wie Sie sich erdreisten können, mein Personal, von welchem wohl keine Person die Eigenschaft besitzt wie Sie, der mir große Mengen von Material gestohlen hat, so hinzustellen und versuchen, mich eheliche Menschen des Diebstahls zu beschuldigen. Sie besitzen ja einen vorzüglichen Charakter und verdient derselbe, daß man ihn mit und bereit bekanntgibt.“ Wer nach diesen Tatsachen noch Lust hat, auf die Annonce Wollbrechts einzugehen und sich dadurch Anstoßen zu machen, der kann es ja auf eigene Rechnung und Gefahr tun.

Teuerungszulagen. In Dresden ist ungefähr 120 männlichen und 450 weiblichen Berufsangehörigen eine Gesamtzulage von wöchentlich 550 Mt. gewährt worden.

Mit 15 Proz. Lohnabzug wegen mangelhafter Lage der Firma Thum in Keweler „konnte sich der christliche Verband abfinden“, wie er in seinem Jahresbericht selbst schrieb. Das hatten wir in Nr. 33 unseres Blattes beleuchtet und nun sucht er die leidige Tatsache in seinem Organ, „Graphische Stimmen“, durch allerlei Ausreden und durch den Vorwurf, wir

urteilen oberflächlich zu beschönigen. Den wahren Grund, weshalb er aber sich mit dem Abzug abfinden mußte, gibt er weder im Jahresbericht noch in seinem Organ an. Den finden wir aber in einem an uns gerichteten Briefe vom 16. August, wo es heißt:

Die Arbeiter der Arbeiterschaft und speziell auch unsere Kollegen hängen aber derart an der heimatischen Scholle, daß sie kaum wegzubringen sind. So ist es begreiflich, daß die Kollegen selbst Thun gegenüber schon ihre Zustimmung zu allen möglichen Abzügen gegeben hatten, ehe wir verhandelt wurden und daß es ihnen vor allem darauf ankam, noch in Avelaer arbeiten zu können.

Diese Erklärung war wenigstens ehrlich und wir würden wahrscheinlich keinen öffentlichen Gebrauch davon gemacht haben, wenn das christliche Verbandsorgan nicht wiederum uns eins am Zeuge zu finden versucht hätte. Wenn wir bei anderen Gelegenheiten übrigens der Meinung von der geringen Widerstandsfähigkeit der christlichen Mitglieder Ausdruck gaben, bezichtigten uns die Christlichen der böswilligen Verleumdung. In diesem Falle muß die Verbandsleitung uns unumwunden recht geben, wenigstens brieflich, denn öffentlich wird der schöne Schein christlichen Gedenkmutes natürlich aufrecht erhalten.

Auszeichnungen.

Das Eisenerne Kreuz 2. Klasse erhielten unsere Kollegen: Unteroffizier Otto Becker für tapferes Verhalten vor dem Feinde, ebenso E. Böllian, der gleichzeitig zum Bajonettweibel befördert wurde, beide Mitglieder der Zahlstelle Berlin; Max Wagner, Mitglied der Zahlstelle Sonneberg. Leider mußte letzterer Kollege diese Auszeichnung mit dem Verlust des linken Armes büßen.

Korrespondenzen.

Breslau. Am 17. August versammelte sich die hiesige Kollegenschaft, um den Bericht des Gauverbandes über wegen der Teuerungszulage im Mai eingeleitete Aktion entgegenzunehmen.

Kollege Brucks konnte berichten, daß unser Erjuden um Gewährung von Teuerungszulagen in einer ganzen Anzahl von Betrieben am hiesigen Plage Erfolg gehabt hat, indem eine Reihe von Arbeitgebern, darunter auch größere und ausschlaggebendere Betriebe, wie Butte, Schagly, Halpaus Zigarettenfabrik, Teuerungszulagen bewilligten. Der größere Teil der Unternehmer nahm aber abwartende Stellung ein. Mit unserem Erjuden um Gewährung einer Teuerungszulage hatten wir uns gleichzeitig an sämtliche Prinzipalvereinigungen und Innungen gewandt. Das gab dem hiesigen Arbeitgeberverband für das Buchbindergewerbe und verwandten Berufe Veranlassung, die Tarifverhandlungen, die unsererseits im November 1913 abgeschlossen wurden, nachdem sie bereits über ein Jahr lang im Gange waren, wieder aufzunehmen. Diesmal bediente man sich der Vermittlung des Deutschen Industrieprüfungsverbandes, dem die hiesige Arbeitgeberorganisation angeschlossen ist. Bereits am 3. Juni nahm der erstere Stellung mit unseren Angestellten, dem Kollegen Brucks, der seinerseits wieder die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen zu erkennen gab. Tage, Wochen, ja Monate verstrichen aber wieder, ohne daß uns der Arbeitgeberbund noch der Deutsche Industrieprüfungsverband eine Mitteilung gemacht hätte, ob und wann Verhandlungen stattfinden würden.

Da setzte die Ortsverwaltung wieder mit einer engeren Tätigkeit ein. Betriebsvereinigungen in großer Zahl beschäftigten sich erneut mit der Frage der Teuerungszulagen und beauftragten den Kollegen Brucks stets bei den Arbeitgebern, die noch keine oder doch recht unzureichende Lohnaufbesserungen gewährt hatten, vorstellig zu werden. Das bewirkte zunächst, daß eine Reihe weiterer Arbeitgeber sich zur Bewilligung von Teuerungszulagen bequemen. Darunter auch wieder einige größere und im Gewerbe ausschlaggebende wie Altman u. Fricke. Bei der Zigarettenfabrik „Sultan“ hatten wir den Erfolg, daß nicht nur der etwa 60 Köpfe zählenden Kartonnagenabteilung, sondern dem etwa 600 Köpfe umfassenden Gesamtpersonal durchweg und ausnahmslos Teuerungszulagen bewilligt wurden.

Aber auch die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbund kamen dadurch wieder in Fluß. Am 9. August erschien der Vertreter des Industrieprüfungsverbandes auf unserem Ortsbureau und nun wurde vier Tage hindurch vormittags und nachmittags unterhandelt. Doch ganz anders spielten sich die Verhandlungen ab, als wir es von früher her gewohnt waren. Es traten nicht mehr von jeder Seite acht Mann zusammen, um Rat zu pflegen, sondern es erschien als Vertreter der Gegenseite nur immer der Vertreter des Arbeitgeberverbandes, der seinerseits wieder nur mit dem Kollegen Brucks unterhandelte. Die Kommissionen waren zwar auf beiden Seiten

auch vorhanden, sie kamen aber nicht zusammen, sondern beratschlagten jede für sich und gaben ihren Vertretern die entsprechenden Anweisungen. Das war auch gut so, wenn nicht die Verhandlungen wieder nach einjähriger Dauer ergebnislos abgebrochen werden sollten. Das Ergebnis der Verhandlungen war der Abschluß eines Tarifvertrages mit Geltung bis zum 30. Juni 1919, dessen wichtigsten Inhalt wir hier auszugsweise wiedergeben wollen:

Die Arbeitszeit beträgt bis zum 31. Dezember 1916 55 1/2 Stunden die Woche, vom 1. Januar 1917 nur 54 Stunden. Die Löhne wurden wie folgt festgesetzt:

im ersten Gehilfenjahr 19 Mk., vom 1. Juli 1916 ab 20 Mk.,

im zweiten Gehilfenjahr 21 Mk., vom 1. Juli 1916 ab 22 Mk.,

im dritten Gehilfenjahr 24 Mk., vom 1. Juli 1916 ab 25 Mk.,

später nach Vereinbarung. Hilfsarbeiter, die Gehilfenarbeit verrichten, werden wie Gehilfen entlohnt.

Die Arbeiterinnen unter 16 Jahren im ersten Jahre nach Vereinbarung, solche über 16 Jahre im ersten Halbjahr nach Vereinbarung.

Nach dieser Zeit im 1. Halbjahr 9 Mk., im 2. Halbjahr 9,50 Mk., im 3. Halbjahr 10 Mk., und im 3. Jahre ihrer Tätigkeit 11 Mk., nachdem nach Vereinbarung.

Sämtlichen Arbeitern eine sofortige Zulage von 1,50 Mk., den Arbeiterinnen von 75 Pf. gewährt, soweit sie nicht durch die Festlegung von Mindestlöhnen höhere Aufbesserungen erhalten müßen.

Die Affordlöhne sind nach dem vom Verbands Deutscher Buchbindermeister mit dem Deutschen Buchbinderverband vereinbarten Mindestlohnstarife festzusetzen, so daß eine mittlere Arbeitskraft wenigstens 10 Proz. mehr als den Mindestlohn verdient.

Die Affordlöhne für Kartonnagen und alle anderen Arbeiten, die tariflich nicht festgelegt sind, werden einer Neuregulierung unterzogen, so daß ein den Verhältnissen entsprechend höherer Verdienst als bisher erzielt werden kann.

Solche Arbeiten, die besonders schwer zu behandeln sind, werden nach Vereinbarung bezahlt. Arbeiten, die auf andere Weise ausgeführt werden, als tariflich vorgesehen, sind gleichfalls nach Vereinbarung zu entlohnen.

Affordarbeiter, die ausnahmsweise auf Zeitlohn beschäftigt werden, erhalten den um 10 Proz. reduzierten durchschnittlichen Affordverdienst als Zeitlohn. Derselbe muß mindestens die Höhe des Minimallohns erreichen.

Affordarbeiter und -arbeiterinnen, welche auf Arbeit warten müssen, obwohl sie die Ausgabe weiterer Arbeit rechtzeitig gefordert haben, erhalten die Wartezeit im Stundenlohn bezahlt, können jedoch während der Wartezeit mit anderen Facharbeiten beschäftigt werden.

Bei Schlichtung von Streitigkeiten verhandeln zunächst die Parteien selbst. Ist bei diesen Verhandlungen eine Einigung nicht zu erzielen, so werden die beiderseitigen Organisationsvertreter zur endgültigen Entscheidung hinzugezogen. Arbeitsstellen und Ausperrungen dürfen bis zur Entscheidung der beiderseitigen Organisationsvertreter nicht stattfinden. Insbesondere dürfen auch Arbeitsverweigerungen und Entlassungen aus Anlaß von Streitigkeiten aus diesem Vertrage nicht stattfinden, ohne daß die vorgenannten Instanzen entschieden haben. Für die Durchführung der getroffenen Entscheidungen haben die beiderseitigen Organisationen Sorge zu tragen.

Der Vertrag wirkt bei seiner noch immerhin recht langen Arbeitszeit und den recht niedrigen Minimallöhnen und der für uns nicht gewohnten vierjährigen Vertragszeit sicherlich nicht gut, wenn er oberflächlich betrachtet wird. Doch enthält er immerhin wesentliche Verbesserungen gegenüber dem bisherigen tariflosen Zustand. Beachtet werden muß schließlich noch, daß der Vertrag nicht etwa nur auf das Buchbindergewerbe und die Kartonnagenindustrie zugeschnitten ist, sondern daß er auch die Papierwarenindustrie und die Tintenfabrikerei, also die allseitig bekannte Gendindustrie, mit umfaßt. Man erinnere sich, daß wir noch im Februar 1913 eine der Papierwarenfabriken, die Firma M. Kragen u. Co., betreffen mußten, weil sie auf unsere damaligen Forderungen nicht einging. Der Streik ging für uns verloren und hatte noch, unselfigen Angedenkens an die Verfolgungssära der Arbeiterbewegung durch die herrschende Klasse, einer jener Streikprozesse im Gefolge. Doch wie sich nun zeigte, war jener Streik nur scheinbar erfolglos. Die Firma suchte bald darauf Anschluß an den Arbeitgeberverband und bei den jetzigen Verhandlungen wirkte ihr Mitinhaber Georg Herzberg sogar eifrig für das Zustandekommen des Vertrages. Hoffen wir, daß es uns in Kürze gelingen wird,

den neuen Vertrag auch in den anderen Papierwarenbetrieben bald zur Geltung zu bringen. Dann erst wird auch der Vertrag seine Bedeutung gewonnen haben. Uns wird es nur recht und angenehm sein, wenn wir auch bei der Einführung des Vertrages auf die Hilfe des Herrn Herzberg rechnen dürfen. Aber auch für die übrigen Zweige unseres Gewerbes ist der neue Vertrag nicht so bedeutungslos. Entschieden muß bestritten werden, daß er die fortschrittlicheren Elemente in unserem Gewerbe hindern könnte. Denn der Vertrag läßt noch genug Spielraum zur Betätigung für den einzelnen sowohl, als auch für die Vermittlungstätigkeit unseres Verbandes. In dieser Beziehung stellt der neue Tarif einen Mohbau dar, der erst noch der Ausgestaltung bedarf. Und schließlich ist ein solcher Vertrag bis zu einem gewissen Grade immer noch der Niederschlag der jeweiligen Machtverhältnisse. Das darf nicht unbeachtet bleiben. Es hat somit wenig Wert, sich über die Unzulänglichkeit des Vertrages aufzuregen, wenn man auf der anderen Seite in größtmöglicher Weise seine Pflicht verfaßt und nichts zur Steigerung der Macht und des Einflusses des Verbandes beizutragen sucht.

Nachdem Kollege Brucks so die Licht- und Schattenseiten des neuen Vertrages geschildert hatte, wurde eine Diskussion nicht mehr beliebt und dem bereits vollzogenen Vertragsabschlusse zugestimmt. Wie recht übrigens Kollege Brucks mit seinen Worten hatte, bestätigte der Ausgang der Versammlung. Unorganisierte Kollegen waren nämlich in ganz respektabler Zahl unserer Einladung gefolgt. Aber nicht einer beherzigte die Worte des Kollegen Brucks und erklärte seinen Beitritt zum Verband. Ernten wollen sie alle gern, nur nicht säen helfen.

Rundschau.

Wochenchau. Der stürmische Siegeszug der verbündeten deutschen und österröichisch-ungarischen Armeen, vor dem die russischen Festungen wie Kartenhäuser zusammenfallen und erobert werden, erinnert recht lebhaft an die ersten Kriegsjahre auf dem westlichen Kriegsschauplatz. Mit der russischen „Dampfwalze“ ist es endgültig vorbei, denn mit der Anknüpfung, daß Rußland 8 Millionen neue Rekruten einberufen will, kramt man noch keine Deere aus dem Boden. Woher soll Rußland zu einem solchen neuen Millionenheere die nötigen Offiziere und Unteroffiziere nehmen, woher die Ausüstung an Bekleidung, Waffen, Artillerie, Pferde, Wagen usw. Zweifelhaft ist auch, ob Amerika einem geschlagenen Staate noch riesige Kredite für Kriegsmateriallieferungen bewilligen wird, ganz abgesehen davon, ob es im Bunde mit der russischen Industrie imstande sein würde, für viele Milliarden Mark Kriegsmaterial in kurzer Zeit zu liefern. Immer besorgter werden daher die englischen und französischen Pressestimmen über das Schicksal ihres östlichen Verbündeten. Das neue Schlagwort vor der russischen „Saugpumpe“, die die deutsch-österreichisch-ungarischen Deere weit ins Innere Rußlands hineinsaugt, um sie dann, wie das napoleonische Heer 1812, zu vernichten, ist lediglich ein Trost für diejenigen, welche nicht alle werden. An den Dardanellen holen sich Franzosen und Engländer weiter nichts als riesige Verluste an Menschen und Kriegsmaterial. Und die Hoffnung auf die Hilfe der Balkanstaaten wird mit jedem Tage geringer, da die russischen Niederlagen nicht zum Eingreifen gegen die Zentralmächte einladen. Auch die Kriegserklärung Italiens an die Türkei und sein eventuelles Eingreifen an den Dardanellen oder in Syrien dürfte dem Vierverband wenig Luft schaffen. Die Veröffentlichungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ aus den Berichten der belgischen Gesandten vor dem Kriege beweisen klar, wie schon seit vielen Jahren die englischen, französischen und russischen Politiker daran waren, Deutschland einzutreiben und politisch und wirtschaftlich zur Ohnmacht zu verurteilen. Die belgischen Gesandten erkannten sehr wohl die Gefahr, die dadurch für den Weltfrieden heraufbeschworen wurde, weil sie einfach, daß sich ein großes Land nicht dauernd seine weltwirtschaftlichen Lebensinteressen bei Strafe der Verklümmung unterbinden lassen darf. Die Antwort des englischen Ministers Grey sucht zwar die Enthüllungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zu widerlegen, offen die von den belgischen Gesandten gezeichneten Richtlinien der englischen Politik, die eben eine Ausdehnung Deutschlands vom Weltmarkt und gleichzeitig die immer stärkere Befestigung der englischen Eroberer- und Weltberichtschaftspolitik bezwecken, vermochte er nicht zu bestritten. Komisch mutet es an, wenn sich Grey auf die Verleugung der belgischen Neutralität durch Deutschland beruft. Warum sieht Grey nicht den Balken im Auge Englands, das an den Dardanellen jederzeitig neutrale griechische Inseln als Kriegsbasis benutzt, ohne sich um die Proteste der griechischen Regierung zu kümmern, das mit allen Druckmitteln die neutralen Balkanstaaten zum Kriege

gegen die Zentralmächte zu veranlassen sucht, das die unabhängigen Bureaustaaten in die Taube steckte und im tiefsten Frieden vor ungefähr 100 Jahren die dänische Flotte vernichtete und Kopenhagen bombardierte.

Die Debatten im Reichstage waren nicht in allem erfreulicher Art. Wohl ist die Einigkeit des deutschen Volkes nach wie vor eine bittere Notwendigkeit, weil Deutschlands Feinde noch immer auf eine Niederwerfung Deutschlands hoffen und vom Frieden nicht eher etwas wissen wollen; dem hat auch die sozialdemokratische Fraktion Rechnung getragen durch Bewilligung der Kriegskredite. Aber nicht minder notwendig ist die Sicherstellung des Volkes vor Auswucherung durch Nahrungsmittelspekulanten, ebenso muß dem arbeitenden Volke die lange vorenthaltene Gleichberechtigung zuteil werden. Dem gab der Genosse Bauer im Reichstage kräftig Ausdruck, wobei er sich auch nicht durch den Widerspruch der bürgerlichen Parteien beirren ließ.

Eine Konferenz zur Erörterung von Fragen des Heimarbeiterschlusses fand am 3. August in Berlin auf Einladung der Auskunftsstelle für Heimarbeit, Berlin, Nollendorfstr. 29/30 statt, an der Vertreter der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen, des Bureau für Sozialpolitik, der Gesellschaft für Soziale Reform und des Ständigen Ausschusses zur Förderung der Arbeiterinteressen teilnahmen. Dem Vorsitz führte Prof. Brande-Berlin. Die Verhältnisse in der Heimarbeit weisen in letzter Zeit eine erhebliche Verschlechterung auf und auch die Zukunftsaussichten sind nicht minder traurig. Trotz der allgemeinen Feuerung, die den meisten anderen Arbeitern wenigstens bescheidene Lohnausbesserungen brachte, sind die Löhne in der Heimarbeit gleich geblieben, wo nicht gesunken. Namentlich die zahlreichen Frauen und Witwen der Kriegsteilnehmer und die Kriegesbeschädigten, die einen gewissen Rückhalt an ihrer Rente haben, drücken mit ihrem billigen Arbeitsangebot auf die Löhne. Angesichts der starken Vermehrung der Heimarbeit im Kriege und ihrer mißlichen Lage erscheint ein kräftiges Eingreifen der maßgebenden Behörden dringend geboten. Sind doch heute fast 1/4 Jahre nach Inkrafttreten des Hausarbeitsgesetzes die wichtigsten Bestimmungen desselben aus Mangel an Ausführungsverordnungen des Bundesrats nicht in Tätigkeit. Weder sind die dort vorgezeichneten Lohnbücher und Lohnlisten in Kraft gesetzt, noch ist auch nur ein einziger Fachauschuss errichtet. Die Forderung, nun endlich das auszuführen, was vor Jahren die gesetzgebenden Körperschaften beschlossen haben, ist durchaus berechtigt. Allerdings enthalten die Fachauschüsse nach das, was allein wirklich das Elend in der Heimarbeit steuern kann, die Befugnis, die Löhne rechtsverbindlich festzusetzen und ihre Nachvollkommenheiten sind nur sehr gering, wesentlich begütachtender Natur, aber wenigstens diese bescheidenen Möglichkeiten sollten genutzt werden. Scharfen Widerspruch erregten die Ausführungsverordnungen zu den Fachauschüssen, durch die eine Vertretung der Heimarbeiter durch die Arbeitersekretäre so gut wie ausgeschlossen ist. Es wurde festgestellt, daß diese Verordnung im Widerspruch mit den Erklärungen der Reichsregierung vom November 1911 steht, in der ausdrücklich eine weitestgehende Auslegung versprochen war. Die Frage der Mitwirkung der Arbeitersekretäre bei allen Arbeiterangelegenheiten ist durch den Krieg grundsätzlich erledigt; sie sind ein unentbehrlicher Faktor der Durchführung von Arbeiterangelegenheiten.

Sodann wurde die Frage der Heimarbeit-Löhne bei öffentlichen Lieferungen erörtert. Die mannigfachen und anerkennungswerten Bemühungen, namentlich der Militärbehörden, dem Lohnwucher auf diesem Gebiet entgegenzutreten, werden vielfach leider durchkreuzt durch die zahlreichen Zwischenpersonen, die sich zwischen den die Lieferung übernehmenden Unternehmern und den Heimarbeitern schieben, durch die Unkenntnis der Heimarbeiter und den Mangel an Deffenlichkeit der Löhne. So finden sich an denselben Orten Lohnverschiedenheiten von 100 Proz. und mehr. Die in

manchen Lieferungsverträgen aufgenommene Formel, daß die „ortsüblichen“ oder „anständigen“ Löhne gezahlt werden sollen, ist in der Heimarbeit so gut wie wirkungslos, notwendig ist eine genaue Festsetzung der Stadtlöhne und Veröffentlichung derselben durch Aushang in den Räumen, wo Heimarbeit ausgeübt und angenommen wird. Nur wenn der Heimarbeiter genau weiß, was er zu fordern hat, wird die Absicht, ihm zu anständigen Löhnen zu verhelfen, verwirklicht werden. Auch wurde die Ausdehnung des Lohnschutzes auf die nicht bestellte, sondern gekaufte Ware gefordert. So wurde von dem Vertreter des Tabakarbeiterverbandes darauf hingewiesen, daß in der Tabakindustrie die Geheerverwaltung die Ware nicht bestellt, sondern fertig kauft.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung, der Bekämpfung von schwindelhaften Angeboten von Heimarbeit und schwindelhaften Unterrichtsbesuchen wurde eine ausgedehnte Agitation in der Deffenlichkeit vorge schlagen. Zur Ausarbeitung und weiteren Vertretung der in der Konferenz mit großer Einmütigkeit beschlossenen Forderungen zum Schutz der Heimarbeiter wurde eine sechsgliedrige Kommission gewählt.

Arbeitsmarkt.

Verlangt werden:

(Alle Anfragen wegen offener Stellen sind nur an die Bevollmächtigten der bezeichneten Orte zu richten, soweit nichts anderes besonders angegeben ist.)

Ein tüchtiger Vorarbeiter und Zuschneider auf Schreibmaschinen nach Stuttgart, gut bezahlt und in Lebensstellung.

Ein flotter Eisfettenschneider, welcher auch mit Kartonnagenmaschinen vertraut ist, nach Matibor, Oberösterreich.

Zu erfragen durch den paritätischen Facharbeitsnachweis für Buchbinder und verwandte Berufe in Berlin N., Rüdigerstr. 9, IV.

Briefkasten.

H. B. in Sonneberg. Die gefallenen Kollegen werden in die „Ehrentafel“ aufgenommen. Daneben noch besondere Nachrufe zu bringen, müssen wir aus Rücksicht auf den beschränkten Raum der „Buchbinder-Zeitung“ grundsätzlich ablehnen und haben es auch in anderen Fällen schon abgelehnt.

Anzeigen



Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. Werkstatt
O.Th. Winckler, Leipzig

Buchbinderspäne
Kartonnagenspäne
Lederpappenspäne
Zeitungsmakulatur
Zeitschriftenmakulatur

überhaupt alle Sorten
Papierspäne, Pappenabfälle,
Makulatur
kauft gegen sofortige Kasse

Samuel Meyer
Berlin-Lichtenberg
Herzbergstr. 26.

Ehren- Tafel
für unsere im Kampf fürs Vaterland
gefallenen Kollegen.

Berliner Mitglieder.
Am 29. Juni fiel bei den Kämpfen in Galizien unser Kollege
Hermann Baas
geboren am 31. Januar 1879 in Schwerin, eingetreten in unsern Verband am 28. August 1911.

Am 6. Juli fiel bei den Kämpfen in Rußland unser Kollege
Bernhard Sawatzke
geb. am 3. Januar 1894 in Berlin, eingetreten am 28. September 1912.

Am 17. Juli starb im Feldlazarett in Soldau infolge einer in Rußland erlittenen schweren Verwundung unser Kollege
Artur Grützmann
geboren am 30. März 1889 in Berlin, eingetreten am 1. Oktober 1912.

Am 17. Juli fiel in den Kämpfen bei Kolno in Rußland unser Kollege
Artur Rechenbach
geb. am 17. Dezember 1886 in Leipzig-Wolkmarzdorf, eingetreten in unsern Verband am 24. Oktober 1908 in Leipzig.

Bei einem Sturmangriff fiel in Rußland unser Kollege
Bernhard Heß
geb. am 21. September 1881 in Koburg, eingetreten in den Verband am 28. Juli 1900 in Elberfeld.

Am 7. Juli fiel bei den Kämpfen in Frankreich unser Kollege
Eugen Merkle
geb. am 24. September 1888 in Weinsten, eingetreten in unsern Verband am 14. Januar 1907 in Stuttgart.

Am 21. Mai starb an den Folgen einer schweren Verwundung unser Kollege
Adolf Menzel
geb. am 11. September 1893 in Friedrichsberg, eingetreten am 29. Januar 1912 Berlin.

Am 26. Juli fiel in Rußland unser Kollege
Otto Schneider
geb. 3. April 1885 zu Berlin, eingetreten am 30. April 1906 in Berlin.

Sein Bruder, unser Kollege
Franz Schneider
fiel ebenfalls in Rußland am 29. Juli; geb. am 2. Oktober 1889 zu Berlin, eingetreten am 25. August 1906 in Berlin.

Am 6. Juli fiel in Galizien unser Kollege
Ernst Lemke
geb. am 15. April 1893 zu Berlin, eingetreten am 21. November 1911 in Berlin.

Am 17. Juli fiel in Rußland unser Kollege
Paul Welz
geb. am 20. Mai 1889 zu Tschirnan, eingetreten am 20. April 1907 in Berlin.

Am 22. Mai fiel in den Karpatenkämpfen unser Kollege
Stephan Lukacs
geb. am 19. Juni in Budapest, eingetreten am 6. Dezember 1902 in Ungarn.

Den Opfern der Kämpfe um den Frieden Deutschlands
ein ehrendes Andenken!